

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	22.05.2014

### Erweiterung des Projektes Auszugsmanagement

Der Anstieg der Flüchtlingszahlen in Köln hält weiterhin unvermindert an und hat sich in den letzten Monaten noch einmal deutlich erhöht. Im Jahr 2013 mussten insgesamt 876 Flüchtlinge zusätzlich mit Wohnraum versorgt werden. Zum Stand 30.04.2014 sind 3.525 Flüchtlinge in Köln untergebracht. Dies entspricht einem weiteren Anstieg von 453 Personen in den ersten vier Monaten. Neben der grundsätzlichen Unterbringungsverpflichtung für Flüchtlinge ist es daher umso wichtiger, die Vermittlung von Flüchtlingen aus städtischen Wohnhäusern in privaten Wohnraum zu intensivieren.

Das Projekt „Auszugsmanagement“ wurde zum 15.10.2011 ins Leben gerufen. Freie Träger beraten seitdem Flüchtlinge in Wohnungsfragen und leisten Vermittlungsarbeit. In der zweijährigen Projektphase konnten mit einer finanzierten Vollzeitstelle 41 Parteien mit 173 Personen erfolgreich vermittelt werden. Das Projekt wurde daher im Oktober letzten Jahres um zwei Jahre bis 14.10.2015 verlängert und um eine weitere Stelle aufgestockt. Zum Stand 06.05.2014 wurden bisher 14 Parteien mit 39 Personen vermittelt. Die geschlossene Leistungsvereinbarung sieht vor, dass am Ende des aktuellen Projektzeitraums von 2 Jahren insgesamt 200 Unterbringungsplätze zur Verfügung stehen, die durch das „Auszugsmanagement“ frei geworden sind.

Mit der Finanzierung einer dritten Stelle Auszugsmanagement wird zum einen die Akquise des Projektes weiter verstärkt. Zum anderen muss nach erfolgreicher Etablierung des Projektes eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden.

Hierzu sollen die bereits bestehenden Kooperationen mit den Kölner Wohnungsbaugesellschaften intensiviert werden. Darüber hinaus werden Immobilienmakler, Kirchengemeinden und potenzielle private Vermieter/-innen verstärkt in die Akquisebemühungen einbezogen.

Für jede Stelle fallen jährliche Kosten in Höhe von 71.000 Euro an, in Summe 213.000 Euro jährlich. Die Finanzierung der Mittel erfolgt aus den veranschlagten Haushaltsätzen des Amtes für Wohnungswesen.

gez. Reker